Protokoll über die Sitzung Ausschuss für Soziales und Gesundheit der Stadt Wilhelmshaven am Donnerstag, 26. April 2018, 15:00 Uhr, Job-Center, Konferenzraum, Nr. 3/2018

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Helmut Möhle (bis 17:40 Uhr)
Ausschussmitglied Astrid Zaage (bis 17:10 Uhr)

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Al-Chafia Hammadi
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Christian Ressel

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussmitglied Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

Behindertenvertretung

beratendes Mitglied Sabine Gastmann

Seniorenvertretung

beratendes Mitglied Günter Hinrichs

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes
beratendes Mitglied Uwe Wessels

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers (bis 17:00 Uhr)

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Dr. med. Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

von der Verwaltung

Gleichstellungsbeauftragte Ellen Seehausen (bis 15:50 Uhr)

Protokollführerin

Protokollführerin Stefanie Kallendrusch

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Georg Berner-Waindok
Ausschussmitglied Martin Ehlers
beratendes Mitglied Andreas Lang
Grundmandat Irina Moriße-Kappes
beratendes Mitglied Florian Wiese

als Gast

Thomas Hein (Geschäftsführer Jobcenter)
Katja Keese (Teamleiterin Markt und Integration-Jobcenter)
Detlef Krause (Polizeiinspektion Wilhelmshaven/Friesland)
Tanja Krüger (Kontrollerin-Jobcenter)
Kirsten Lampe (Arbeitsvermittlerin-Jobcenter)
Diana Wever (Selbsthilfegruppe Stalking)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 22.02.2018	
4	Vorlagen an den Rat	
4.1	Antrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial: Einrichtung einer Beratungsstelle für Stalking-Opfer	**505/2018**
5	Mitteilungen und Anfragen	
5.1	Information des Geschäftsführers des Jobcenters Wilhelmshaven, Herrn Hein, zu den Themen Arbeitsmarkt- und Vermittlungssituation, Maßnahmen, neue Besprechungs- und Beratungsformate, Personal	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Hammadi, eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 22.02.2018

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 22.02.2018, Nr. 2/2018, wurde einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Antrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial: **505/2018**
Einrichtung einer Beratungsstelle für Stalking-Opfer

Einleitend erklärte Herr Stoffers, dass der Antrag 505/2018 bereits am 14.02.2018 im Rat vorgetragen wurde und von dort wie beantragt zur Beratung an die Fachausschüsse zurückverwiesen wurde.
Vorbereitend hat die Verwaltung bereits am 19.04.2018 ein gemeinsames Gespräch mit Frau Wever (Selbsthilfegruppe), Frau Nösges (AWO/Beratungsstelle BISS) und Herrn Krause (Polizeiinspektion Wilhelmshaven/Friesland) über die Verbesserungsmöglichkeiten der momentanen Beratungssituation für Stalking-Opfer geführt.

Herr Walpurgis trug den Antrag im Ausschuss vor.

Anschließend berichtete Frau Wever ausführlich aus eigener mehrjähriger Erfahrung über die Auswirkungen von Stalking. Sie wünscht sich eine qualifizierte Beratungsstelle, wo Opfer Hilfe und Unterstützung erhalten. Als ersten Schritt hat sie selbst eine Selbsthilfegruppe gegründet.

Eine weitere Betroffene konkretisierte den Hilfebedarf dahingehend, dass die Beratungsstelle eine rechtliche Beratung, eine Verhaltensberatung sowie eine psychische Betreuung bieten sollte.
Herr Krause stellte die rechtliche Situation in Bezug auf das Strafgesetzbuch dar. Seit dem Jahre 2008 gibt es den § 238 zur Bestrafung von Nachstellungen. Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens werden die Beteiligten gehört. In Einzelfällen kann die sogenannte Gefährderansprache Wirkung zeigen. Oft handelt es sich bei den Nachstellungen jedoch um Dauerdelikte. Er bestätigte, dass hier die Polizei immer wieder durch Anzeige Kenntnis von den Belästigungen erhalten muss. Alle Beweise und Fakten dienen zur Vorlage bei der Justiz.
Beim Amtsgericht kann ein Näherungsverbot nach dem Gewaltschutzgesetz erwirkt werden. Verstöße dagegen können strafrechtlich verfolgt werden.
Jährlich kommen ca. 40-70 Delikte zur Anzeige.
Frau Seehausen ergänzte dazu, dass die Dunkelziffer nach bundesweiten Erhebungen ca. 30 mal höher sei.

Die anschließende Diskussion im Ausschuss ergab, dass die Einrichtung einer eigenen Beratungsstelle nur für Stalking-Opfer als aktuell nicht notwendig erachtet wird.
Vielmehr müsste eine Vernetzung der bestehenden Beratungsmöglichkeiten von Weißer Ring, VKP, AWO und dem sozialpsychiatrischen Dienst mit einer gemeinsamen Anlaufstelle angestrebt werden. Die AWO könne möglicherweise ihre Beratungstätigkeit im Bereich der häuslichen Gewalt auf den Bereich der Außerhäuslichkeit erweitern. Durch entsprechende Qualifikationen wäre eine Anpassung an die Beratungserfordernisse möglich. Auch die Finanzierungsfrage müsse noch geklärt werden.
Auf Grundlage dieses Ergebnisses zog Herr Walpurgis den Antrag auf Einrichtung einer Beratungsstelle für Stalking-Opfer zurück.
Die Resultate der weiteren Gespräche durch die Verwaltung sollen zeitnah im Ausschuss vorgestellt werden.

Beschluss:

-zurückgezogen-

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Information des Geschäftsführers des Jobcenters Wilhelmshaven, Herrn Hein, zu den Themen Arbeitsmarkt- und Vermittlungssituation, Maßnahmen, neue Besprechungs- und Beratungsformate, Personal

Der Geschäftsführer des Jobcenters Wilhelmshaven, Herr Hein, informierte auf Grundlage einer Power-Point-Präsentation (*s. Anlage 1*) über die Themen Entwicklung des Arbeitsmarktes, Kundenstrukturen, Vermittlungsverfahren, Maßnahmen- und Förderinstrumente sowie Personal.

Er machte deutlich, dass in Wilhelmshaven fast jeder siebte Einwohner durch das Jobcenter unterstützt werde. Anhand von praktischen Beispielen stellte er dar, wie das Lohnniveau beschaffen sein müsste, um leistungsunabhängig zu werden.
Trotz Erwerbstätigkeit seien ca. 1/4 der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten weiterhin auf zusätzliche finanzielle Unterstützung durch das Jobcenter angewiesen.
Frau Keese gab Informationen über die Vermittlungsverfahren und zu der momentanen Situation in Vermittlungsbereich.
Frau Krüger vermittelte einen Überblick über die Maßnahmen und Förderinstrumente. Diese werden jährlich neu geplant, um aktuell auf den Arbeitsmarkt reagieren zu können.
Frau Lampe ging hier speziell auf die „Besonderen Aktionen" ein (*s. Anlage 2*), die aus einer Arbeitsgruppe von Arbeitsvermittlung und Arbeitgeberservice entstanden sind.
Zur personellen Situation im Jobcenter sagte Herr Hein, dass es schwierig geworden sei, qualifiziertes Personal zu finden. Auch im eigenen Bereich mache sich der Fachkräftemangel bemerkbar. Da man keine eigene Personalhoheit besitze, sei man hier von der Stadt Wilhelmshaven sowie der Bundesagentur für Arbeit abhängig und könne auch nicht eigenständig ausbilden.

Im Anschluss an den Vortrag diskutierte der Ausschuss über die Situation in Wilhelmshaven und mit welchen Möglichkeiten man diese verbessern könne.
Herr Möhle sieht in Wilhelmshaven einen Wirtschaftsanstieg und stellte auch heraus, dass hier bereits viele neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.
Frau Gastmann sprach nochmals den dritten Arbeitsmarkt an, in dem den Menschen durch unbefristete Arbeitsverhältnisse eine Perspektive geboten werden könne.
Auf die Frage von Herrn Dr. Dr. Klinke-Mibert zu den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt durch die zunehmende Digitalisierung konnte Herr Hein noch keine Abschätzung abgeben. Die Digitalisierung werde sich nach seiner Auffassung jedoch nicht in allen Branchen negativ auswirken.
Herr Ressel sah in der Aufnahme eines Minijobs eine gute Chance zu einem späteren Einstieg in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis.
Herr Hein bestätigte dies. Wichtig sei in erster Linie das Bieten einer Perspektive für den Arbeitnehmer. Dasselbe gelte auch für Beschäftigungen in Zeitarbeitsfirmen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:50 Uhr

gez.	gez.	gez.
Stoffers	Hammadi	Kallendrusch
Dezernent	Vorsitzende/r	Protokollführer/in